

Kriegsähnliche Zustände in Nahost

Nach Lynchmord an Israelis: Raketenangriffe auf Gaza und Ramallah

RAMALLAH: Der Nahost-Konflikt hat gestern kriegsähnliche Ausmaße angenommen. Nach einem Lynchmord an drei israelischen Soldaten übte Israel Vergeltung. Die USA, Frankreich, Grossbritannien und Ägypten riefen zur Mässigung auf.

Mit massiven Raketenangriffen auf die Palästinenser-Städte Ramallah und Gaza reagierte Israel auf den Mord an drei Soldaten. In Gaza wurden zehn Gebäude, darunter eine Polizeistation und eine Hafenanlage, angegriffen und teilweise zerstört. Mindestens vier Palästinenser wurden getötet.

Bei den Raketenanschlägen in Ramallah nördlich von Jerusalem erlitten ersten Angaben zufolge zwölf Zivilisten und vier Polizisten Verletzungen. Augenzeugen berichteten von sieben Raketenanschlägen.

Auslöser Lynchmord

Auslöser für die Militäroperation war der Lynchmord an drei israelischen Soldaten in Ramallah. Nach israelischen Angaben waren am Morgen vier Reservisten der israelischen Armee in einem Zivilfahrzeug versehentlich in die Stadt nördlich von Jerusalem geraten. Die palästinensische Seite bezeichnete sie als Sonderkommando in Zivil.

Die vier Männer wurden von der palästinensischen Polizei festgenommen. Dutzende Männer erstürmten jedoch die Polizeistation und töteten drei der gefangenen Israelis.

Barak rechtfertigt Reaktion

Israels Ministerpräsident Ehud Barak sprach von einem «schwerwiegenden Zwischen-



Israelische Raketenangriffe auf die Polizeistation in Ramallah: Nach einem Lynchmord an drei Soldaten herrschen zwischen Israel und den Palästinensern kriegsähnliche Zustände. (Bild: Keystone)

fall». Israel wisse nun, «was es zu tun hat», sagte Barak nach Radioangaben vor Beginn der Luftangriffe.

Die palästinensische Autonomiebehörde nannte den Vorfall in einer Stellungnahme «bedauernd», warf Israel jedoch vor, für die Eskalation der jüngsten Spannungen verantwortlich zu sein.

Inzwischen forderten die USA, Ägypten, Grossbritannien und Frankreich die Konfliktparteien zu Mässigung auf. US-Aussenministerin Madeleine Albright rief Israel und die Palästinenser dazu auf, die Kämpfe umgehend einzustellen.

Auch Frankreich beklagte

den Gewaltausbruch in der Region. London appellierte an die Konfliktparteien, eine weitere Eskalation zu verhindern. Die Schweiz rief die israelische Regierung zum Verzicht auf unverhältnismässigen Einsatz von Gewalt auf.

Ägypten warnte Israel vor einer militärischen Lösung im gegenwärtigen Konflikt mit den Palästinensern. Gewalt und Gegengewalt könnten nur zu einer Eskalation der Spannungen in der gesamten Nahost-Region führen, sagte Aussenminister Amre Mussa.

«Marsch auf Jerusalem»

Der palästinensische Präsident Jassir Arafat hat nach den

israelischen Luftangriffen am Donnerstagabend kein Zeichen der Entspannung gegeben. Bei der Besichtigung der von Raketen getroffenen Stellen in Ramallah, eine davon nur 50 Meter vom Sitz seiner Autonomiebehörde entfernt, machte er vor einer jubelnden Menge das Siegeszeichen und erklärte: «Unserem Volk macht das nichts aus, und es zögert nicht, seinen Marsch auf Jerusalem fortzusetzen».

In Ramallah waren zuvor zwei israelische Soldaten gelyncht und ein weiterer verletzt worden, die in der Stadt mit ihrem Auto eine falsche Abfahrt genommen hatten und in palästinensisch kontrolliertes Gebiet geraten waren. Der israelische Ministerpräsident Ehud Barak sprach von einem «kalblütigen Lynchen». Die amerikanische Aussenministerin Madeleine Albright rief beide Seiten zu einem Waffenstillstand auf. Der israelische Aussenminister Schlomo Ben Ami machte Arafat persönlich für die Eskalation der Gewalt verantwortlich. Arafat gefährde die gesamte Region.

Die Autonomiestadt Ramallah

Ramallah: Ramallah liegt etwa 20 Kilometer nördlich von Jerusalem im Westjordanland. Die Stadt gehört zu der so genannten A-Zone des Westjordanlandes, die unter vollständiger Kontrolle der Palästinenser steht. Aus Ramallah zogen sich die israelischen Truppen wie aus den anderen Grossstädten im Westjordanland im Dezember 1995 zurück, nachdem sie 1994 zuerst den Grossteil des Gaza-Streifens und die Stadt Jericho verlassen hatten. Mit Beginn der Autonomie setzte in Ra-

mallah ein Wirtschafts- und Bau-Boom ein. In Ramallah und der Zwillingstadt Al-Bireh leben nach Angaben der palästinensischen Statistikabteilung mittlerweile mehr als 200 000 Menschen. Ramallah ist Sitz des palästinensischen Parlaments, das gelegentlich auch in Gaza zusammenkommt. Auch zahlreiche Behörden und Ministerien der Autonomieverwaltung sind in der Stadt untergebracht. Ramallah ist häufig Schauplatz von Verhandlungsrunden internationaler Vermittler.

NACHRICHTEN

Anschlag auf US-Zerstörer

SANAA: Bei einem Terroranschlag auf ein Kriegsschiff der Fünften US-Flotte im Nahen Osten sind gestern mindestens vier Matrosen getötet und 30 verletzt worden. Nach ersten Ermittlungen der US-Marine transportierte ein Selbstmordkommando in einem Schlauchboot eine Bombe zu dem gerade erst im Hafen von Aden eingelaufenen Zerstörer «Cole». Die Explosion riss ein sechs mal zwölf Meter grosses Leck in den Rumpf des Schiffs. Aden ist der grösste Hafen von Jemen, wo es in den vergangenen Tagen wiederholt zu antiamerikanischen und antisraelischen Demonstrationen gekommen war.

Öl- und Flugembargo aufgehoben

WASHINGTON: US-Präsident Bill Clinton hat am Donnerstag das gegen Serbien verhängte Öl- und Flug-



embargo der USA mit sofortiger Wirkung aufgehoben. In einer in Washington verbreiteten Erklärung Clintons hiess es, die USA hätten ein «starkes Interesse» daran, die neu gewählte Führung in Jugoslawien zu unterstützen. Die USA wollten zudem die Beschränkungen überprüfen, die für Serbien in internationalen Kreditprogrammen gelten. Serbien bildet zusammen mit dem kleineren Montenegro die Bundesrepublik Jugoslawien. Der bisherige jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic war Ende vergangener Woche durch einen Volksaufstand gestürzt und von Vojislav Kostunica abgelöst worden.

Sieben Tote bei Bombenanschlag

MOSKAU: Bei der Explosion einer Autobombe vor einer russischen Polizeiwache in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny sind nach offiziellen Angaben mindestens sieben Menschen getötet und 21 verletzt worden. Der Sprengsatz sei vermutlich mit einem ferngesteuerten Zünder ausgestattet gewesen, teilte ein Mitarbeiter des Kreml mit. Russische Nachrichtenagenturen gaben die Zahl der Todesopfer mit mindestens 15 an. Die Bombe explodierte in einem Fahrzeug, das vor dem Gebäude geparkt war. Nach Angaben eines Sprechers im Militärhauptquartier in Mosdok detonierte der Sprengsatz in dem Moment, als ein Wagen mit Staatsanwälten vorfuhr. Diese kamen bei dem Anschlag ebenso ums Leben wie mehrere Polizisten.

George W. Bush machte Terrain gut

TV-Duell im US-Wahlkampf: Bush stellte aussenpolitische Befähigung unter Beweis

WINSTON-SALEM: Beim zweiten Fernsehduell mit US-Vizepräsident Al Gore hat der texanische Gouverneur George W. Bush die Zweifel an seiner aussenpolitischen Kompetenz nach Ansicht von US-Kommentatoren weitgehend ausgeräumt. Nach Umfragen von Fernsehstationen gewann Bush klar.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat überstand am Mittwochabend in Winston-Salem die mehr als 45 Minuten Diskussion über den Nahen Osten, Jugoslawien und Afrika ohne nennenswerten Aussetzer. Erstmals sass den beiden Kandidaten an einem Tisch.

Bei der anfangs äusserst höflich geführten Debatte wurden die unterschiedlichen aussenpolitischen Ansätze der beiden US-Präsidentschaftskandidaten deutlich. Bush plädierte für mehr internationale Zurückhaltung. Die US-Armee sei nicht dazu da, Friedenstruppen zu stellen, sondern Kriege zu gewinnen.

Die Europäer müssten so bald wie möglich selbst für Stabilität auf dem Balkan sorgen. Er wolle die multinationale Koalition gegen den irakischen Präsidenten Saddam Hussein wieder herstellen.



Fernsehduell der US-Präsidentschaftskandidaten Al Gore (rechts) und George W. Bush (links). Die beiden wurden während der 45 Minuten dauernden Sendung von Jim Lehrer befragt. (Bild: Keystone)

Gore entwickelte eine weitergehende Vision von der internationalen Rolle der Vereinigten Staaten. Im Zeitalter der Globalisierung müssten sich die USA ihrer Führungsrolle stellen, ähnlich wie sie es nach dem Zweiten Weltkrieg getan hätten. Er betonte die Vorbildfunktion der USA und ihre Mis-

sion als weltweite Ordnungsmacht. Im Nahost-Konflikt stellten sich beide Kandidaten hinter Israel.

Der Vizepräsident warf Bush vor, als Gouverneur die Gesundheitspolitik zugunsten von Steuersenkungen für die Reichen vernachlässigt zu haben. Bei der Krankenversorgung von

Familien bilde Texas landesweit das Schlusslicht. Houston sei die Stadt mit der höchsten Luftverschmutzung in den USA. Der Demokrat bekannte sich zum Kampf gegen das Ozonloch und der Förderung sauberer Technologien. Im Gegensatz zu Bush will er den Verkauf von Schusswaffen schärfer kontrollieren.

Tabakkonzerne am Pranger

GENE: Die Tabakkonzerne sind gestern bei den Anhörungen zur geplanten Anti-Tabak-Konvention in Genf an den Pranger gestellt worden. Vertreter von Anti-Tabak-Gruppen und Gesundheitsorganisationen übten scharfe Kritik. An den zweitägigen Hearings, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) organisiert werden, nehmen auch Tabakkonzerne und Tabakproduzenten-Organisationen teil. Rund 90 Prozent der über 170 Redner repräsentieren aber Anti-Tabak-Gruppen und Gesundheitsorganisationen. Anti-Tabak-Gruppen prägerten die Konzerne am Donnerstag unter anderem wegen ihrer Marketingmethoden an und forderten ein totales Werbeverbot für Tabakprodukte. Die Zigarettenindustrie gehe über Leichen. Die Anti-Tabak-Gruppe «Ashes to Action on Smoking and Health» kritisierte Tabakkonzerne für ihren Einsatz für ein internationales Regelwerk, das nicht durchgesetzt werden könne. Die Tabakkonzerne forderten in einer Mitteilung vom Verhandlungstisch über die Anti-Tabak-Konvention, dass sie nicht zu werden. Am Donnerstag wurden unter anderem die Firmen Philip Morris und Japan Tobacco aufgeführt.